HARTMUT KOSCHYK | VINCENT REGENTE (HG.)

Vertriebene in SBZ und DDR

be.bra
wissenschaft verlag

Vertriebene in SBZ und DDR

VERTRIEBENE IN SBZ UND DDR

Herausgegeben von Hartmut Koschyk und Vincent Regente
im Auftrag der Deutschen Gesellschaft e. V.

be.bra
wissenschaft verlag

Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen

Deutsche Gesellschaft e.V.

Gefördert durch:

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten.
Dieses Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Verfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung auf DVDs, CD-ROMs, CDs, Videos, in weiteren elektronischen Systemen sowie für Internet-Plattformen.

Eine nicht-kommerzielle Nutzung und Weitergabe des Werks ist gemäß den Bedingungen der Creative Commons Public License CC BY-NC-ND 4.0 gestattet.

© be.bra wissenschaft verlag GmbH
Berlin-Brandenburg, 2021
KulturBrauerei Haus 2
Schönhauser Allee 37, 10435 Berlin
post@bebraverlag.de
Umschlag: typegerecht berlin (Foto: © Gerhard Weber, Bildbeschreibung auf Seite 219)
Satz: Zerosoft
Schrift: Dutch 801 SWA 10/13pt
Druck und Bindung: Multiprint, Kostinbrod
ISBN 978-3-95410-274-7

www.bebra-wissenschaft.de

Inhalt

Vorwort der Herausgeber 7

Geleitwort 11
Reinfried Vogler

Geleitwort 13
Bernd Fabritius

Die Vertreibung als europäische Verflechtungsgeschichte –
Ein persönliches Geleitwort 21
Hartmut Koschyk

I. Die SBZ/DDR als Aufnahmegebiet 25

Heimlich im Zoo – Flüchtlinge und Vertriebene in der
Sowjetischen Besatzungszone und der DDR 27
Gundula Bavendamm und Carl Bethke

Die Vertriebenenpolitik der Sowjetischen Militäradministration
in Deutschland (SMAD) und der Sozialistischen Einheitspartei
Deutschlands (SED) von 1945 bis Anfang der 1950er Jahre 45
Stefan Donth

»Umsiedler« und Altersarmut: Zur sozialen Notlage vertriebener
alter Menschen in der SBZ und frühen DDR. 69
Michael Schwartz

II. Der »Umsiedler«-Diskurs in der DDR 105

Der »Umsiedler«-Diskurs in der DDR in Staat, Kultur und Gesellschaft 1949 bis 1989 107
Heike Amos

Heimatvertriebene Christen in der SBZ und DDR – Biografische Schlaglichter zur geistlichen und lebenspraktischen Bewältigung des Vertreibungsschicksals in einem vertriebenen- und kirchenfeindlichen Umfeld 129
Tilman Fischer

III. Die Heimatverbliebenen in der VRP und der ČS(S)R. . . . 141

Die deutschsprachige Bevölkerung in der Volksrepublik Polen . . 143
Irena Kurasz

Die deutschsprachige Bevölkerung in der Tschechoslowakei nach der Zwangsaussiedlung 165
Matěj Spurný

IV. Die Bedeutung der Vertriebenen heute 181

»Nur der Himmel ist geblieben, sonst ist das ein anderes Land.« – Die Rolle der Vertriebenen am Beispiel der deutsch-polnischen Verständigung 183
Bernard Gaida

Verspäteter Neuanfang – Vertriebene und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen. Bestandsaufnahme und Zukunftsperspektive. . 193
Jens Baumann

V. Anhang 217

Vorwort der Herausgeber

Die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostprovinzen und Siedlungsgebieten Ostmitteleuropas erklärte die SED-Führung bereits Anfang der 1950er Jahre für erfolgreich abgeschlossen. Zudem propagierte sie, durch den Aufbau des Sozialismus die vermeintlich ökonomischen Grundlagen des Faschismus beseitigt und somit die notwendigen Lehren aus der Geschichte gezogen zu haben. Derart selbstbewusst äußerte sich die SED bereits wenige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg einerseits zur Problematik des Umgangs mit dem Erbe des nationalsozialistischen Deutschlands und andererseits zu »Deutschlands Problem Nummer eins«[1] – die Integration von vielen Millionen deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen, die am Ende des Krieges ihre Heimat verlassen mussten.

Während in der frühen Bundesrepublik Politiker und Vertriebenenvertreter davon ausgingen, erst am Beginn der Integration zu stehen – ohne dabei den noch lange verfolgten Wunsch auf Rückkehr aufzugeben –, behauptete die SED-Führung, diese ihr Herrschaftsgebiet demografisch und ökonomisch ja besonders treffende Herausforderung bereits bewältigt zu haben. Auf welcher Grundlage konnte die sozialistische Diktatur solche Behauptungen in die Welt setzen? Wie gestaltete sich die soziale und kulturelle Integration der Vertriebenen in der Sowjetischen Besatzungszone und folgend in der DDR?

Diesen Fragen widmete die Deutsche Gesellschaft e. V. unter Leitung ihres Referenten Jan Rössel, gemeinsam mit dem Bund der Vertriebenen e. V. und dem Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig, eine Tagung im November 2019, die vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages sowie durch das Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa (IKGN) e. V. – Nordost-Institut gefördert wurde. Diese Konferenz stieß auf eine erfreulich große öffentliche Aufmerksamkeit

– sowohl in der Wissenschaft als auch bei Betroffenen sowie interessierten Bürgerinnen und Bürgern. Zugleich wurde bei der Tagung durch die Vorträge, Podiumsdiskussionen und nicht zuletzt durch eine Vielzahl von Wortbeiträgen von Vertriebenen, die in der DDR gelebt haben, deutlich, dass das Thema zu den wenig aufgearbeiteten Bereichen der DDR-Geschichte gehört.

Diesem Defizit möchten die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen für Wissenschaft und Forschung sowie die Deutsche Gesellschaft e. V. mit diesem erweiterten Tagungsband begegnen. Wir sind dankbar, dass das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages durch seine Unterstützung aus Mitteln für Maßnahmen der Vertriebenen zur Förderung des friedlichen Miteinanders mit den Völkern Ostmittel-, Ost- und Südosteuropas diese Publikation ermöglicht hat. Dem be.bra-Verlag sei für die professionelle und zugewandte Begleitung bei der Entstehung des Bandes gedankt.

Der Band versammelt Beiträge von Autorinnen und Autoren aus Wissenschaft, Politik und Verbänden, um diesen Teil der deutsch-deutschen Geschichte in ihrem ostmitteleuropäischen Kontext und aus verschiedenen Blickwinkeln aufzuarbeiten. Ohne ihre Beiträge könnte dieses Buch nicht vorliegen. Den Mitwirkenden sei daher vielfach gedankt.

Gundula Bavendamm und Carl Bethke stellen in ihrem Beitrag die Frage in den Mittelpunkt, wie sich die SBZ und spätere DDR als Aufnahmegebiet für Flüchtlinge und Vertriebene darstellte. Besondere Beachtung erfährt die Resilienz der Vertriebenen gegenüber der SED-Geschichtspolitik. Die sozialhistorische Tiefenanalyse von Michael Schwartz befasst sich mit dem schweren Schicksal alter Menschen, die nach der Vertreibung die SBZ/DDR erreichten.

Die Beiträge von Heike Amos, Tilman Asmus Fischer und Stefan Donth widmen sich dem »Umsiedler«-Diskurs in Staat, Kultur und Gesellschaft. Sie thematisieren die Verhandlung des Komplexes in der Politik der SED und der Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit, ebenso wie die Auseinandersetzungen in Literatur und Film. In den Blick genommen werden dafür kulturelle Nischen, die eine Beschäftigung mit dem Thema unterhalb des Schweigeparadigmas ermöglicht haben. Tilman Asmus Fischer untersucht anhand einiger Beispielbiografien das Schicksal vertriebener Christen in der DDR, die unterschiedliche Wege der Verarbeitung ihrer Vertreibungsgeschichten aufzeigen.

Ohne die Untersuchung der Beziehung der DDR zu den »sozialistischen Bruderländern« und der Darstellung des dortigen Lebens der deutschen Heimatverbliebenen wäre eine derart angelegte Studie unvollständig. Irena Kurasz und Matěj Spurný behandeln daher in ihren Beiträgen das Schicksal der Heimatverbliebenen in der Volksrepublik Polen und der Tschechoslowakei.

Mit einigen weiterführenden Beiträgen gelangt der Band in die Gegenwart. Bernard Gaida diskutiert aus Sicht der deutschen Minderheit in Polen die deutsch-polnische Verständigung nach 1989. Vervollständigt wird der Band mit einem Arbeitsbericht des Beauftragten für Vertriebene und Spätaussiedler in Sachsen.

Mit der vorliegenden Publikation hoffen wir zu einem besseren Verständnis des Schicksals der Vertriebenen in der DDR beizutragen und damit zugleich Perspektiven für die weiterhin notwendige Beschäftigung mit ihrer Geschichte aufzuzeigen. In diesem Sinne wünschen wir unseren Leserinnen und Lesern eine anregende Lektüre.

Berlin und Goldkronach im Herbst 2020
Hartmut Koschyk
Vincent Regente

Anmerkungen

1 Dies war Ende der 1940er Jahre eine gängige Einschätzung. Siehe: Das Problem Nummer eins (Interview mit Matthias Beer), *Stuttgarter Zeitung*, 17.02.2020, URL: https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.serie-ankunft-in-der-fremde-das-problem-nummer-eins.49301201-b039-4cf8-963c-56e14f342ee7.html; letzter Zugriff: 26.11.2020.

Geleitwort

Reinfried Vogler

Der Großteil der in den Jahren 1945 bis 1947 aus ihren Heimatlandschaften in Ost-, Südost- und Mitteleuropa vertriebenen Millionen Deutschen kam in die Amerikanische und Britische Besatzungszone Restdeutschlands; nicht zuletzt, weil die Sowjetunion mit großem Nachdruck darauf drängte. Nach der amtlichen Statistik der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) waren 1950 dort rund 4,4 Millionen »Umsiedler« ausgewiesen, deren Zahl sich später durch Binnenwanderung und Familienzusammenführung auf 1,7 Millionen reduzierte.

Während es in der Bundesrepublik Deutschland seit den 1950er Jahren eine rege Forschung zur Thematik der deutschen Heimatvertriebenen gab, war die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem »Umsiedler«-Problem in der DDR tabuisiert. Die erste Studie, die diese Bevölkerungsgruppe erwähnte, ist in den 1970er Jahren erschienen. Im darauffolgenden Jahrzehnt hat der Staat zwar weitere Forschungsarbeiten zur Lage der »Umsiedler« genehmigt, nichtsdestoweniger blieben sie hinsichtlich ihres Umfangs und ihrer Vielfalt weit hinter den Forschungen in der Bundesrepublik zurück.

Anders als in den Westlichen Besatzungszonen (WBZ) und der Bundesrepublik hatte das Schicksal der Vertriebenen in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der DDR keinen Platz im öffentlichen Diskurs. Die Begriffe »Vertreibung« und »Vertriebene« waren nicht zugelassen – sie existierten schlichtweg nicht. Stattdessen war die Rede von »Umsiedlung« und »Umsiedlern« oder auch von »Neubürgern«. Mit diesen Bezeichnungen versuchte die DDR das erlittene Leid und Unrecht der Vertriebenen zu kaschieren – zum einen, weil deren Integration und Arbeitskraft Voraussetzung für den Aufbau des neuen sozialistischen Staates war; zum anderen, weil sie befürchtete, dass deren Erinnerungen an die alte Heimat, Flucht und Vertreibung einen

Nährboden für Stimmungen gegen die verbündeten sozialistischen Bruderstaaten bereiten könnten.

Im Gegensatz zur Bundesrepublik, die gegenüber den Vertriebenen aufgrund der offenen Frage nach einer möglichen Rückkehr in die alte Heimat eine Strategie der »Eingliederung auf Vorbehalt« verfolgte, forcierte die DDR umgehend eine Politik der Zwangsassimilation. Charakteristisch war hierbei auch, dass sie jegliche Form von Selbstorganisation verbot, sodass eine Vernetzung der Vertriebenen in der DDR offiziell nicht möglich war – von Kontakten zu Vertriebenenorganisationen in der Bundesrepublik oder zu den Heimatverbliebenen in den ehemaligen deutschen Ostgebieten ganz zu schweigen.

Entsprechend zur unterschiedlichen Politik in Ost und West ist auch die Aktenlage eine andere, da die DDR ab den 1950er Jahren keine spezifischen statistischen Erhebungen zu den Vertriebenen mehr durchführte. Auch wenn die Wende 1989/90 dazu beigetragen hat, dass im Laufe der letzten drei Jahrzehnte zahlreiche Forschungsarbeiten zur Situation und Geschichte der Vertriebenen in der ehemaligen DDR entstehen konnten, sehen sich Wissenschaftler dennoch mit einer ungünstigeren Quellensituation konfrontiert. Umso erfreulicher ist es, dass mit den Sachbeiträgen der vorliegenden Publikation weitere Forschungslücken zur Vertriebenenproblematik in der DDR geschlossen werden können. Die Beiträge beweisen einmal mehr, dass Geschichte nie nur schwarzweiß ist, sondern immer in einer Vielzahl von Nuancen changiert.

Die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen dankt der Deutschen Gesellschaft, dass sie mit dieser Arbeit dazu beiträgt, ein einschneidendes Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte aufzuarbeiten und transparent zu machen und die Ergebnisse mit dieser Publikation auch einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Reinfried Vogler
Vorstandsvorsitzender der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen

Geleitwort

Bernd Fabritius

Als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten freue ich mich, ein Geleitwort zu dieser Publikation vorlegen zu dürfen. Der Band befasst sich mit einem vielschichtigen Untersuchungsgebiet: »Vertriebene in SBZ und DDR«. Zugegebenermaßen handelt es sich dabei um einen so lehrreichen wie bisher leider wenig beachteten Aspekt der Vertreibungsgeschichte. Umso größer ist das Gewicht, das wissenschaftlichen, aber auch gesellschaftlichen Diskussionen dieses Themas zukommt. Schließlich sind die Ergebnisse nicht nur für die Geschichtswissenschaft wichtig.

Als für die Vertriebenenpolitik zuständiger Beauftragter der Bundesregierung erhoffe ich mir viele wichtige Impulse und weitere Erkenntnisse für meine politische Arbeit. Denn die Geschichte der Vertriebenen in der DDR ist ein Teil unserer kollektiven Biografie und unseres kollektiven Gedächtnisses.

Als ein Element der gesamtgesellschaftlichen Vergangenheitsbewältigung und der Aufarbeitung des SED-Unrechts hat sie eine ausgeprägte heimatpolitische Komponente. Der Begriff Heimat erfährt in der gesellschaftlichen Debatte eine neue Dimension – besonders, nachdem die neu geschaffene Abteilung Heimat des Bundesinnenministeriums die Federführung für die Heimatpolitik der Bundesregierung übernommen hat. Die Bundesregierung ist bestrebt, auf der Grundlage eines modernen, zukunftsgewandten Heimatverständnisses den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern und gleichwertige Lebensverhältnisse zwischen städtischen und ländlichen Räumen im gesamten Bundesgebiet zu schaffen. Die heimatpolitischen Aufgaben umfassen die Gestaltung aller Fragen des Zusammenlebens von der Integration bis zum bürgerschaftlichen Engagement und die Arbeit der Kommission »Gleichwertige Lebensverhältnisse« unter unterschiedlichen thematischen Aspekten wie Daseinsvorsorge, Mobilität

und demografischer Wandel sowie die Raumordnung, Regionalpolitik und Landesplanung.

Wir wollen aber viel mehr: Unsere kulturelle Identität und das Bewusstsein unserer tradierten Lebensweisen stärken und diese mit dem unbedingten Gestaltungswillen für die Zukunft verbinden.

Es ist wichtig, dass wir 70 Jahre nach Gründung der DDR und im 30. Jahr ihres Untergangs die Lehren aus der Geschichte des SED-Unrechts gezogen haben. Dies betrifft zwar nicht alle Menschen, wenn ich auf manche Wahlergebnisse blicke, aber die meisten Menschen in Deutschland. Das hat richtungsweisende Bedeutung für die Zukunft.

Der Deutschen Gesellschaft e. V. ist es gelungen, die führenden Wissenschaftler auf dem Gebiet der historischen Forschung zur Vertriebenenpolitik der DDR für diese Publikation zu gewinnen. Das Schicksal der Heimatvertriebenen war aus dem offiziellen Erinnerungskanon der DDR so gut wie ausgelöscht. Dieser Befund ist Ausgangspunkt unserer Auseinandersetzung mit der Geschichte. Aber wie kam es dazu?

Begriffe sind Zeugen ganzer Epochen. Ideologisch vorgegebene Sammelbegriffe verraten die Gesamtausrichtung staatlicher Erinnerungspolitik. Prägnant und deutlich wie kein anderes steht das Wort »Umsiedler«, das die SED bereits kurz nach der DDR-Gründung zum »ehemaligen Umsiedler« degradierte, für die Tabuisierung und Verharmlosung des leidvollen Schicksals einer großen Bevölkerungsgruppe in der DDR. Währenddessen etablierte sich in Westdeutschland der Begriff »Vertriebene« oder »Heimatvertriebene« als selbstgewählte Bezeichnung organisierter Betroffener und bekam 1953 mit dem Bundesvertriebenengesetz eine staatsrechtliche Verankerung. Darüber hinaus waren weitere Begriffe – Zwangsumgesiedelte, Flüchtlinge, Evakuierte, Zwangsdeportierte, heimatlose Heimkehrer oder in der britischen sowie amerikanischen Besatzungszone gar Neubürger (new citizens) oder Einwanderer (immigrants) – im Gebrauch. Keiner der Begriffe war allein ausreichend geeignet, um das Elend des persönlichen Schicksals und die Tragweite der Vertreibung als nachwirkende Kriegsfolge zu umfassen und wiederzugeben.

Der Siegeszug des Unwortes »Umsiedler« begann bekanntlich in der Sowjetischen Besatzungszone, in Berlin, wo bereits im September 1945 auf Befehl der sowjetischen Militäradministration eine »Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler« gegründet wurde.

Nach dem Willen ihres Direktors, des bayerischen Kommunisten Joseph Schlaffer, sollte »nur Antifaschisten Wohnraum zur Verfügung gestellt werden«. Ein eigentlicher Akt der Humanität und Solidarität wurde so zur Gesinnungsfrage erklärt. Lediglich die Flut der Millionen Flüchtlinge machte diese Pläne unerfüllbar, denn die Wucht dieses Zustroms war übermäßig und Ostdeutschland wurde am schwersten getroffen.

So war im Land Mecklenburg-Vorpommern eine Bevölkerung von rund 1,5 Millionen Menschen ansässig. Laut Mitteilungen der Militärregierung vom August 1945 sollten dort nun drei Millionen Deutsche aus dem Gebiet östlich der Oder angesiedelt werden. Dass mindestens noch eine weitere Million Menschen hinzukommen würde, konnte sich die Landesverwaltung kaum vorstellen. Auf einem Raum, der bisher 1,5 Millionen Menschen in Arbeit gesetzt und ernährt hatte, hätten nun 5,5 Mio. Menschen Wohnung, Nahrung und Arbeit finden müssen.[1] Auch wenn diese Schätzungen in Mecklenburg-Vorpommern letztlich nicht vollumfänglich eintrafen, verdeutlichen sie eine – anhand der Berechnungen – realistische Zahl von Flüchtlingen und Vertriebenen jenseits der Oder. Es handelte sich größtenteils um Frauen und Kinder; zur Arbeit einsatzfähig waren von diesen Menschen nur 20 Prozent.

Auch Jahre später waren es gerade diese Schwächsten, die von der Vertriebenenpolitik des Arbeiter-und-Bauern-Staates hart getroffen wurden. Die Anknüpfung von Unterstützungsleistungen des Staates an die Werktätigen-Eigenschaft des Empfängers zeigte ebenfalls die Ideologisierung dieser Politik. Sie führte zu einer deutlichen Diskriminierung der vielen Kinder, der versehrten und älteren Menschen, die geflüchtet oder vertrieben worden waren.

Ein anderes Beispiel: Allein im 30.000 Einwohner zählenden Wittenberg sollten laut »Plan der Umsiedlerbetreuung der Provinz Sachsen« vom August 1945 nahezu 15.000 Menschen aufgenommen werden. Mit etwa 10.000 Flüchtlingen am Jahresende 1945 war diese Fünfzig-Prozent-Quote schon fast erfüllt, und der Strom der Ankömmlinge war noch lange nicht versiegt. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns des Ausmaßes der SBZ und DDR als Aufnahmegebiet bewusst werden.

Welche Strategie verfolgte die DDR bei der Aufarbeitung von Flucht und Vertreibung? Das genaue Kontrastprogramm zur Bundesrepublik: Verdrängung jeder Erinnerung, Assimilation und verordneter Heimatverzicht. Bereits der Zweite Parteitag der SED im September

1947 bereitete ideologisch die Aufarbeitung von Flucht und Vertreibung nach kommunistischer Lesart vor.

Mit der DDR-Gründung und dem Görlitzer Grenzabkommen über »die friedliche Oder-Neiße-Grenze« wurden aus Vertriebenen endgültig »ehemalige Umsiedler«. Ihrer Assimilation im DDR-System und dem verordneten Heimatverzicht stand nichts mehr im Wege. Der totalitäre Unterdrückungsstaat musste zwangsweise ihre neue Heimat werden.

Die SED-Diktatur setzte auf verstärkte Repression. Wer die Oder-Neiße-Grenze in Frage stellte oder Flucht und Vertreibung thematisierte, riskierte strafrechtliche Verfolgung. Jegliche Organisation, jeglicher Zusammenschluss von Vertriebenen wurde untersagt. Aus Rundfunk und Fernsehen wurden alle Lieder und Melodien der Vertriebenen des ehemals deutschen Ostens verbannt. Für das Kriegsfolgenschicksal der Heimatvertriebenen, für ihre Entrechtungserfahrung gab es im engen ideologischen Korsett der DDR schlicht keinen Platz.

Etwa 800.000 Vertriebene packten deshalb bis zum Bau der Mauer ihre Koffer und zogen weiter – in die Bundesrepublik und nach Westberlin. Für viele, die das nicht getan hatten, wurde dann der Rückzug ins Private die einzige Alternative – im familiären Kreis war die Vertreibung als Erinnerung an eine Ungerechtigkeit sehr wohl ein Thema, während in der Öffentlichkeit darüber nicht gesprochen wurde. Insofern bin ich dankbar, dass in dieser Publikation auch die kulturellen Aspekte einer privat organisierten Erinnerungsarbeit beleuchtet werden.

Die Verdrängung des Themas »Flucht und Vertreibung der Deutschen« aus dem Geschichtsbewusstsein in der DDR hat viele, ganz persönliche und emotionale Facetten. Hierfür will ich ein prominentes Beispiel geben: Wolfgang Thierse, der ehemalige Präsident des Deutschen Bundestages, 1943 in Breslau geboren, erinnert sich: »In der DDR war all diese Erinnerung strikt Privatsache, auch die Wehmut und der Schmerz, die mit ihr verbunden waren. Sie durften nicht sichtbar, nicht hörbar werden, hatten keinen Ort, außer in den Kirchengemeinden. Wir waren ja nicht Flüchtlinge oder Vertriebene, sondern wurden offiziell Umsiedler genannt, als hätten wir einen schlichten Umzug veranstaltet. Die Unterdrückung des Schicksals und der Erfahrung von Flucht und Vertreibung ging so weit, dass es einer Kraftanstrengung bedurfte, um zu verhindern, dass Wrocław und nicht Breslau als mein Geburtsort in den Ausweis eingetragen wurde.«

Dieses persönliche Zeugnis fasst exemplarisch das Leid der mehreren Millionen Menschen in der DDR, die doppeltes Leid erfahren haben, zusammen. Sie wurden nicht nur ihrer Heimat gewaltsam beraubt, sondern auch ihrer Erinnerung. Dennoch haben die Vertriebenen mit ihrem Mut und Zusammenhalt aus der DDR ihre neue Heimat gemacht.

Hinter dem Eisernen Vorhang haben sie mit sehr viel Elan, mit starkem Willen, mit hoher Motivation und Schaffenskraft den Wiederaufbau des kriegszerstörten Landes maßgeblich vorangetrieben. Auch sie – Sudetendeutsche, Schlesier, Ostpreußen, Ostpommern – hatten nicht nur ihren Durchsetzungswillen, unternehmerisches Können und ihre Hartnäckigkeit im Gepäck. Sie brachten Ihre Traditionen, Kultur, Bildung und Brauchtum, sie brachten ihre christliche Glaubensüberzeugung und Frömmigkeit mit. All dies wurde ausgeblendet, unterdrückt und totgeschwiegen.

Diese fehlerhafte, kurzsichtige staatliche Politik des bewussten Vergessens und Verdrängens statt des bewussten Erinnerns ist ein bleibender kultureller Verlust, ein Nachteil, der auch 30 Jahre nach dem Mauerfall nachwirkt. Die DDR-Sozialisation hinterließ Lücken im Geschichtsbild ihrer Bürger.

Bester Beweis sind die Geschichtsbücher. Zunächst waren die Lehrwerke der DDR nur Übersetzungen aus sowjetischen Schulbüchern mit einzelnen Textpassagen von deutschen Autoren. Sie waren somit getränkt von kommunistischer Ideologie und Propaganda, verzerrten Geschichtsbetrachtungen, seltsamen Fakteninterpretationen, gezielter Verschweigung von nicht genehmen Ereignissen, Daten und Tatsachen oder gar kompletten Lügen und Verfälschungen. Das Thema »Vertreibung« beziehungsweise »Aussiedlung« wurde auf die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz reduziert, alles verpackt in propagandistischem Wortschatz. Der komplette Verlauf der Vertreibungen wurde auf die im Zuge der Potsdamer Konferenz festgelegte Zwangsaussiedlung reduziert. Evakuierung, Flucht sowie wilde Vertreibungen werden überhaupt nicht erwähnt. Sie haben demnach einfach nicht stattgefunden.

Dazu möchte ich als Beispiel eine Passage aus einem »Lehrbuch für den Geschichtsunterricht der erweiterten Oberschule. 12. Klasse« von 1961 aus Berlin zu den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz zitieren: »Aus den Gebieten ostwärts der Oder und Neiße, der ČSR und Ungarn sind alle Deutschen nach Deutschland umzusiedeln. Die Bestimmungen der Potsdamer Beschlüsse waren für das deutsche Volk hart und

schwer; die Völker wollten die Sicherheit, dass sie nicht wieder das Opfer imperialistischer deutscher Aggression würden. Aber sie boten dem deutschen Volke zugleich eine gute Grundlage für eine demokratische Entwicklung.«[2] Das war das Konzept der DDR-Geschichtsschreibung! Diese Version der Vertreibung blieb bis 1989 für die Schüler in der DDR unverändert.

Das besagte Jahr 1989 brachte die Samtenen Revolutionen vom Balkan bis zum Baltikum und die friedliche politische Wende in der DDR. Das war ein epochaler Befreiungsschlag, der nachhaltig starke, fruchtbare Kräfte in ganz Europa freisetzte. Ein vereintes Europa mit offenen Grenzen: Vor 30 Jahren fiel nicht nur die Berliner Mauer, sondern es rückte auch die alte, angestammte Heimat in Pommern, Schlesien, Ostpreußen und dem Sudetenland politisch näher und wurde wieder erreichbar.

Dafür bin ich als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten sehr dankbar.

Vor 15 Jahren erfolgte der Beitritt der Staaten Ostmitteleuropas zur EU. Die deutschen Heimatvertriebenen reichten den seit 1945 dort lebenden Polen, Russen, Litauern und Tschechen die Hand, wie in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen vor 70 Jahren festgeschrieben. Heute ist man dort willkommen wie bei Freunden.

Gerade diesen Brückenbau unterstützt das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat im Rahmen seiner Heimatpolitik mit der Förderung der verständigungspolitischen Maßnahmen der Vertriebenenorganisationen.

Die Bandbreite der Aussöhnung und Verständigung erörtert die Publikation unter anderem am Beispiel der deutsch-polnischen Zusammenarbeit. Dieser thematische Abschluss ist besonders wichtig. Er markiert nicht nur den Übergang von Vergangenheit zur Gegenwart, sondern weist den Weg in die Zukunft.

Eine Zukunft, für die es sich lohnt, die Geschichte so genau zu erforschen, wie es sich diese Publikation zum Ziel gesetzt hat. Ich wünsche ihr eine große Leserschaft.

Bernd Fabritius
Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten

Anmerkungen

[1] Olschewski, Berit: »Freunde« im Feindesland. Rote Armee und deutsche Nachkriegsgesellschaft im ehemaligen Großherzogtum Mecklenburg-Strelitz 1945-1953, Berlin 2009, S. 98.

[2] Mühlstädt, Herbert; Siegel, Heinz: Neueste Zeit. Lehrbuch für den Geschichtsunterricht der erweiterten Oberschule. 12. Klasse, Berlin 1961, S. 260-263.

Die Vertreibung als europäische Verflechtungsgeschichte – Ein persönliches Geleitwort[1]

Hartmut Koschyk

Ich bin 1959 in der fränkischen Königstadt Forchheim als Kind heimatvertriebener Oberschlesier geboren. Ein Teil meiner Verwandten verblieb nach 1949 in Oberschlesien, einen Teil verschlug es in die Sowjetische Besatzungszone und spätere DDR, der größte Teil gelangte in die westlichen Besatzungszonen, die spätere Bundesrepublik Deutschland. Auch bei der Familie meiner Frau verhält es sich so: Ihre Eltern stammen aus Böhmen, Familienangehörige sind nach West- und Mitteldeutschland vertrieben worden oder verblieben in der angestammten Heimat.

Die Bewahrung der familiären Einheit im geteilten Deutschland war für mich von Kindheit an eine wichtige Erfahrung, legten meine Eltern doch größten Wert darauf, die familiären Bande sowohl in die DDR als auch nach Oberschlesien lebendig zu erhalten. Ab den 1970er Jahren war es auch möglich, dass Verwandte aus der DDR und aus Oberschlesien an Familienfeiern in der Bundesrepublik teilnehmen konnten. So war ein gesamtdeutsches Bewusstsein in unserer Familie kein Lippenbekenntnis, sondern gelebte Wirklichkeit.

In meiner Funktion als Generalsekretär des Bundes der Vertriebenen (BdV) in den Jahren 1987 bis 1991 und als Vorsitzender der Arbeitsgruppe »Vertriebene und Flüchtlinge« der CDU/CSU-Bundestagsfraktion von 1990 bis 2002 war ich intensiv mit dem Aufbau von Verbandsstrukturen der Heimatvertriebenen in der DDR im Zeitraum vor der deutschen Einheit befasst. Meine ersten diesbezüglichen Besuche in der DDR erfolgten unmittelbar nach dem Fall der Berliner Mauer im November 1989.

Überall in der im Umbruch befindlichen DDR war damals der starke Wille vieler Heimatvertriebener und ihrer Nachkommen spürbar, sich endlich offen zur angestammten Heimat, zur landsmannschaftlichen Zu-

gehörigkeit und zu dem erlittenen Vertreibungsschicksal zu bekennen und in entsprechenden Organisationen zusammenschließen zu dürfen.

Man wollte die neu gewonnene Freiheit dazu nutzen, um endlich gemeinsam und öffentlich über Erlebtes und Erlittenes, Heimat und Herkunft, Geschichte und Gebräuche sprechen und sich zur schicksalsgeprägten Identität bekennen zu können. Sehr schnell fanden sich in den wieder- oder neu entstehenden mitteldeutschen Bundesländern bis hinunter auf die kommunale Ebene Persönlichkeiten bereit, für die ehrenamtliche Führungsstruktur von landsmannschaftlichen Gliederungen oder des BdV zur Verfügung zu stehen. Am Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 gab es bereits eine stabile Verbandsstruktur des BdV und der ostdeutschen, sudetendeutschen und südostdeutschen Landsmannschaften im Beitrittsgebiet, die von unten nach oben gewachsen war.

In Gesprächen mit Bundeskanzler Helmut Kohl und dem damaligen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble gelang es uns als BdV-Führung, im Einigungsvertrag die Überführung des Bundesvertrieben- und Flüchtlingsgesetzes (BVFG) auf das Beitrittsgebiet zu übertragen, vor allem auch dessen »Kulturparagraphen« 96 mit seiner Förderverpflichtung des Bundes und der Länder für die Bewahrung des Geschichts- und Kulturerbes der Heimatvertriebenen. Aufgrund der sehr schnell gewachsenen Verbandsstrukturen des BdV und der Landsmannschaften erkannten auch die Verantwortlichen der frei gewählten DDR-Regierung unter Ministerpräsident Lothar de Maizière die Notwendigkeit, den dortigen Vertriebenen eine gesetzliche Anerkennung zu gewähren.

Zeitgleich erfolgte übrigens auch die Unterstützung des BdV für den Aufbau oder den Umbau von Organisationen der deutschen Minderheiten in den sich im Umbruch befindlichen Staaten des sogenannten »Ostblocks« und bei der Entwicklung von Förderprogrammen der Bundesregierung für diejenigen Deutschen, welche nicht in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen, sondern in ihrer angestammten Heimat in Mittel-, Ost- und Südosteuropa sowie in der damaligen Sowjetunion verbleiben wollten.

Im Sommer 1990 lud mich Professor Manfred Wille, Historiker an der Pädagogischen Hochschule Magdeburg, zusammen mit seinen wissenschaftlichen Mitarbeitern, zu einer Tagung in die alte Kaiserstadt ein, um mir als BdV-Generalsekretär sowie Vertretern der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen für Wissenschaft und Forschung die in Magdeburg bis dato erfolgten Forschungen über die Aufnahme und Eingliederung der »Umsiedler« genannten Vertriebenen in die Sowjetischen Be-